

Volkssblatt

Redaktion: Telefon 075/2 49 49/50

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

109. Jahrgang - Nr. 19

Wirtschaftspolitik für 1976: Gemeinsame Problemlösungen

Schwerpunkte in der Regierungsarbeit für 1976

Die Regierung strebt im laufenden Jahr den weiteren Ausbau der 1975 erfolgreich begonnenen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft an um damit weiterhin wirksam zur Ueberwindung der Konjunkturlaute und zur Erhaltung der Arbeitsplätze beitragen zu können.

Wie wir bereits in einem ersten, zusammenfassenden Bericht über das Pressegespräch vom letzten Januar-Dienstag meldeten, wollen sowohl Regierungschef Dr. Walter Kieber wie Vizeregierungschef Hans Brunhart dem wirtschaftspolitischen Bereich auch im laufenden Jahr das Haupt-Augenmerk schenken. Als Grundlage für die wirtschaftspolitischen Ziele dient da-

bei der umfassende Wirtschaftsbericht der Regierung an den Landtag. Greifen wir aus dem umfangreichen Themenkatalog, der beim letzten Pressegespräch ausbreitet wurde, wieder einige Schwerpunkte heraus.

Landesbankgesetz

Ein neues Landesbankgesetz, wie es bereits seit Mitte der sechziger Jahre gefordert und angestrebt wurde, liegt jetzt im Entwurf vor, nachdem 1973 ein erster Anlauf in diese Richtung unternommen wurde. Ziel des neuen Gesetzes ist der Ausbau der Landesbank zu einer Hypothekar- und Handelsbank nach dem Muster der Schweizer Kantonalbanken. Dies bedeutet eine Erweiterung ihres bisherigen Geschäftsbereiches und damit verbunden eine Verbesserung ihrer Ertragslage. Regierungschef Dr. Walter Kieber misst dem neuen Gesetz vor allem auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil es der Landesbank die Möglichkeit gibt, kreditstuchenden Liechtensteiner besser entgegenzukommen als bisher.

Statistikgesetz

Obwohl nicht bei allen Begeisterung herrscht (so Vizechef H. Brunhart), stellt das in Vorbereitung befindliche Statistik-Gesetz doch eine wichtige Grundlage für die künftige Wirtschaftspolitik der Regierung dar. Einzelne Betriebe befürchten, dass die öffentliche Hand durch statistische Erhebungen zu viel Einsicht in betriebsinterne Angelegenheiten erhält. Auf der anderen Seite ist eine möglichst umfassende Wirtschaftsstatistik aber eines der wichtigsten Instrumente um wirksame, politische Massnahmen ergreifen zu können. Im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens wird derzeit geprüft, wie weit neue Statistiken bereits gesetzlich festgelegt, oder im Rahmen von Verordnungen durch die Regierung angeordnet werden sollten. Die zweite Lösung würde eine bessere Flexibilität gewährleisten.

Koordinationskonferenz

Die Koordinations-Konferenz, die im vergangenen Jahr ins Leben ge-

rufen wurde, wird auch 1976 weitergeführt. Unter dem Vorsitz der Regierung treten in regelmässigen Abständen die Vertreter der wirtschaftlichen Interessenverbände und der Arbeitnehmerschaft zusammen. Diese Zusammenarbeit, aus der auch die Regierung im abgelaufenen Jahr lernen konnte, soll nicht nur fortgeführt, sondern weiter ausgebaut werden. Von Seiten der Regierung besteht auch nach Aussage des Vizeregierungschefs der ausdrückliche Wille, die anstehenden Probleme gemeinsam mit der Wirtschaft zu lösen.

Soziale Sicherheit

Den Fragen der Sozialen Sicherheit kommt aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage besonderes Gewicht zu. Die Regierung widmet sich deshalb insbesondere auch dem Problem der Arbeitgeberbeiträge in den betrieblichen Pensionskassen. Ein aus dem Betrieb ausscheidender Mitarbeiter muss heute eine gewisse Anzahl von Dienstjahren aufweisen um Anspruch auf Auszahlung der Unternehmerbeiträge in der betrieblichen Pensionskasse erheben zu können. Die Regierung strebt eine Herabsetzung



dieser Dienstjahre an, um damit Arbeitnehmern, die aus wirtschaftlichen Gründen ihren Arbeitsplatz vorzeitig verlieren, die Möglichkeit zu geben, über die für sie angesparten Pensionsbeiträge auch des Arbeitgebers verfügen und sie allenfalls an ihrem neuen Arbeitsplatz einsetzen zu können.

Präventivmedizin

Wie Regierungschef Dr. Kieber unterstrich, sollen die Bemühungen um eine bessere, medizinische Versorgung der Bevölkerung auch im Jahre 1976 weitergehen. Nachdem das Krankenversicherungsgesetz im vergangenen Jahr dahingehend erweitert wurde, dass auch Vorsorge-Untersuchungen von den Kassen bezahlt werden, sollen die vorsorglichen Massnahmen zur Verhütung von Krebs-, Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen noch ausgebaut werden. Als Modell soll hier Vorarlberg dienen, welches international als vorbildlich in diesem Bereich angesehen werden darf. Dank einem umfassenden Untersuchungsverfahren, auf der Basis der Datenverarbeitung und -speicherung konnten in Vorarlberg die Erkrankungsfälle einzelner Krebskrankheiten drastisch herabgesetzt werden. Wir werden auf dieses Thema in einer unserer nächsten Ausgaben noch näher eingehen.

Für die Praxis

Wirte-Fachkurse auf Gaflei

Einen neuen Tip von Wirte-fachschule hat Wienerwald-Chef Friedrich Jahn ins Leben gerufen. Unter dem Motto «Aus der Praxis für die Praxis» werden im Tourotel Gaflei Wochenkurse für praktische Gastronomie durchgeführt, welche vor allem den Weiterbildungswünschen von Restaurant- und Hotelinhabern, sowie führender Angestellter von gastgewerblichen Berufen angepasst sind. Neben dem Grundseminar vermitteln Spezialisten aus dem Gastgewerbe auch Kurse nach den individuellen Weiterbildungswünschen der Interessenten. Die Seminare im «Trainingszentrum für praktische Gastronomie» (TpG) sollen sich für die Teilnehmer insbesondere wirtschaftlich erfolgssteigernd auswirken. Als Inhaber einer der grössten Restaurant- und Hotelketten der Welt, ist der Gründer des TpG, Friedrich Jahn, sicher ein erfolgversprechendes Vorbild. Ein einwöchiger Kurs kostet samt Unterkunft und Verpflegung im Tourotel Gaflei 980 Franken. Beides, die neue Art von Wirte-Weiterbildungsschule und die Annehmlichkeiten des Tourotels Gaflei müssen sich bereits herumgesprochen haben: die ersten, öffentlichen Kurse, die Ende dieses Monats beginnen, sind bereits ausgebucht.

Triesner Oberdorf

Wird die alte Volksschule bald abgebrochen?

Das Triesner Oberdorf ist einer der letzten, wenn nicht der letzte Dorfkern in unserem Lande, der seinen ursprünglichen Charakter weitgehend bewahren konnte. Mitten im Triesner Oberdorf steht auch das Gebäude der alten Volksschule, das schon seit Mitte der fünfziger Jahre unbenutzt dasteht. Der Bau aus dem letzten Jahrhundert ist

dem Verfall nahe. Ein Renovierungsvorschlag der Gemeinde, der mit rund 450 000 Franken veranschlagt war, wurde von den Stimmbürgern am Freitag vor acht Tagen abgelehnt. Trotzdem gibt es in Triesner Bürger aus allen Bevölkerungsteilen, die das alte Schulhaus erhalten wollen. Wie geht es nun weiter? Mit dieser

Frage setzt sich ein Beitrag des Schweizer Radios (Blick ins Land) morgen Sonntag um 18 Uhr auseinander. Im Rahmen dieses kurzen Beitrages, der über UKW I empfangen werden kann, kommt u. a. auch der Triesner Gemeindevorsteher Rudolf Kindle zu Wort. Unsere Aufnahme zeigt den zur Diskussion stehenden Dorfkern von Triesen.



Landwirtschaft

«Hanglagen»-Frage bald gelöst?

Das Problem der Auszahlung von Bewirtschaftungs-Prämien für Hanglagen, das schon seit Jahren im Raum steht, wird nach Aussage von Regierungschef Dr. Walter Kieber (im Rahmen des Pressegesprächs von Ende Januar) demnächst einer Lösung zugeführt werden. Es geht dabei um staatliche Zuschüsse für Landwirte, welche die Hanglagen im Talgebiet bewirtschaften und damit vor allem auch einen wichtigen Beitrag zur Landschaftspflege leisten. Bekanntlich drohen immer mehr Hanglagen zu veröden und zu verwildern, weil ihre Bewirtschaftung schon lange nicht mehr rentabel ist. — Der Regierungschef unterstrich allerdings, dass das neue Gesetz nur echte, landwirtschaftliche Nutzflächen und deren Bewirtschafter begünstigen werde. Es dürfe kein Gesetz werden, welches einer Prämierung der Bodenbesitzer gleichkäme. Bodenbesitz allein dürfe nicht nur Vorteile, sondern müsse auch Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit bringen.

Im Geldverkehr sind wir die Fachleute

Verwaltungs- und Privatbank Aktiengesellschaft FL-9490 Vaduz